

Nepal unter der neuen Regierung Deuba

von Ram Pradhan

Die derzeitige politische Situation in Nepal wird nach dem Antritt der Regierung Deuba heftig diskutiert. Nur wenige Jahre nach der demokratischen Umgestaltung des vormalig absolutistisch regierten Königreiches sehen Vertreter der Regierung wie auch der Oppositionsparteien die Demokratie in Gefahr.

Diejenigen, die einwenden, daß Nepal unter der gegebenen Diversität mit einer konsensorientierten Politik besser dran wäre, jubilierten. Andere, die die Ansicht vertreten, daß das Land einer strengen Führung bedarf, glauben, daß unter der gegebenen geographischen Verwundbarkeit Nepals eine Situation, wie sie gegenwärtig existiert, das Land weder retten kann noch lange überleben wird. Da nur die Zukunft Klarheit darüber bringen wird, wer Recht hat, verschafft das neue Experiment der Bevölkerung Hilfe in Bereichen, in denen sie zuvor unter der 'Nepali Congress'-Regierung und auch unter der CPM-UML-Regierung negative Erfahrungen machte. Beide Haltungen offenbarten ein gewisses Maß an Arroganz und beunruhigender Tendenzen gegenüber einer Einparteiendiktatur. Die Hoffnung geht dahin, daß eine Koalitionsregierung allein aufgrund ihrer Definition besser geeignet sei, Ergebnisse zu erzielen, da keine Partei parteigängere Entscheidungen treffen kann, es eine automatische gegenseitige Kontrolle gibt, die Alternative in der Rückkehr der Kommunisten an die Macht besteht, die Entwicklung einer ausgeglichenen Außenpolitik und ein Konsens über ein Wirtschaftsmodell, das am geeignetsten ist, in Nepal ein rasches Wirtschaftswachstum zu bewirken, erzielt werden könnte.

Der Chef des 'Nepali Congress' und frühere Premierminister, K. P. Bhattarai, ist zuversichtlich, daß die Koalition vier Jahre halten wird, weil, wie er es sieht, "wir uns aus einem ganz bestimmten Grund vereinigt haben, nämlich dem, die Demokratie in Nepal zu retten." Er geht davon aus, daß unter den Partnern blindes Verstehen vorherrscht und daß sie sich für eine extrem vorsichtige Vorgehensweise entschieden haben. Bhattarai hofft jedoch, daß die Wähler nicht das wiederholen werden, was er den "Fehler der Vergangenheit" nennt. Ähnlich äußert sich der mächtige Vorsitzende der 'Rastriya Prajatantrik Party' (RPP), Surya Bahadur Thapa, Nepals fünfmaliger Premierminister während der Periode des Panchayat-Systems. Thapa verkündet: "Daß vor-

rangige Ziel der Regierung ist die Rettung der Demokratie und das Ausschalten der Kommunisten, die sich für eine systematische Zerstörung aller demokratischen Werte einsetzen."

Der frühere Premierminister Manmohan Adhikari stimmt weder mit Bhattarai noch mit Thapa überein, wenn er sagt, daß der ganze Vorgang ein "konstitutioneller coup" gegen seine Partei, die CPN-UML, gewesen sei. Ungleich einiger seiner militanten Parteifreunde hat Adhikari jedoch der Regierung Deuba Glück gewünscht und seine eigenen Mitstreiter überrascht, als er erklärte, daß "Nepal einer politischen Katastrophe entgegengehe, wenn es dieser Regierung nicht gelingen sollte, über einen Zeitraum vernünftiger Länge zu regieren." Da ihnen keine Alternative blieb, hat das CPN-UML Politbüro ebenfalls beschlossen, nichts zu unternehmen, was ihre Chancen in den kommenden Wahlen schmälern würde, wann immer diese auch stattfinden mögen. Einen Einblick in diese Haltung konnte man am 18. Oktober gewinnen, als das Zentralkomiteemitglied Keshav Lal Shrestha kategorisch erklärte, daß die CPN-UML keine direkten Pläne habe, die Macht zurückzuerobern.

Die Entscheidung, für den Moment ruhig zu bleiben, mag auch etwas mit den parteiinternen Auseinandersetzungen zu tun haben. Die Führungsposition Madhav Kumar Nepals als Generalsekretär der Partei ist in Frage gestellt worden. Diese Herausforderung wurde einerseits durch die verletzenden Angriffe auf ihn während der Politbürositzung initiiert, als sich das Gremium weigerte, seinen 24seitigen Bericht über die Vorstellung der Regierung Adhikari anzuerkennen, wenn nicht bestimmte Ergänzungen in das Dokument aufgenommen würden. Andererseits trug auch die Ablehnung des Oberhauslistenplatzes für Pradip Nepal, den Hardliner und kompromißlosen früheren Minister für Kommunikationswesen zu dieser Auseinandersetzung bei.

Die Außen- und Wirtschaftspolitik der Koalition

Als er die Macht übernahm, versprach Premierminister Deuba öffentlich im Namen der Koalitionspartner, daß die Regierung, der er vorsitzt, sich verpflichtet, Nepals Unabhängigkeit, nationale Integrität und Souveränität zu bewahren. Der neue Außenminister, Dr.

Prakash Chandra Lohani (RPP), einer der schärfsten Kritiker von G.P. Koiralas Politik der Tanakpur Vereinbarungen mit Indien, sagte, daß es seine vorrangigste Aufgabe sein werde, "Nepals Interessen zu schützen" unter gleichzeitiger Wahrung der Sensibilität gegenüber Aufgaben und Fragen, die die Qualität der Beziehungen Nepals mit Staaten, zu denen Nepal diplomatische Beziehungen unterhält, beeinflussen könnten. Für Premierminister Deuba ist Außenpolitik nicht etwas, das sich von Partei zu Partei extrem verändert. "Es geht stets um den Erhalt aufrichtiger Beziehungen zu befreundeten Nationen, insbesondere mit unseren Nachbarn."

Wie es unmißverständlich im Budget angezeigt wird, das der Finanzminister Dr. Ram Saran Mahat am 16. Oktober vorlegte, wird der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf der Liberalisierung der nationalen Ökonomie liegen, verbunden mit einer starken Betonung privatwirtschaftlicher Initiativen, steuerlicher Disziplin und der Modernisierung des administrativen Apparates. Das insgesamt 64 Milliarden Rupien umfassende Budget des Haushalts 1995/96 ist nicht bar populärer Programme, wenn gleich Mahat dies vehement bestreitet. "Der Haushaltsentwurf ist überhaupt nicht populistisch. Wir haben ein effektives Instrumentarium geschaffen, das die Steuerdisziplin bewahrt, ohne die Macht lokaler demokratischer Institutionen zu beschneiden." Sein Ziel ist das "Baut Euer eigenes Dorf"-Programm der CPN-UML Regierung, dem riesige Summen zugeteilt wurden, fortzuführen. Der Wirtschaftsexperte der CPN-UML, Chandra Raj Dhungel, akzeptiert nicht, daß die Höhe des gegenwärtigen Budgets in allen Teilen kleiner sei als in dem drei Monate zuvor vorgelegten Entwurf seiner Partei. So sagte er: "Nehmen Sie einfach die 1,3 Milliarden Rupien für das Arun III-Projekt heraus und vergleichen Sie die beiden Entwürfe." Der vormalige Haushaltsentwurf war um 1,25 Milliarden größer als der neu vorgelegte. Der frühere Vizevorsitzende der nationalen Planungskommission und vormalige Botschafter Nepals in Japan, Dr. Badri Prasad Shrestha, glaubt, daß der Mahat-Haushaltsplan versucht, neue Elemente der Privatisierung und neue Anreize für den privatwirtschaftlichen Sektor mit dem Ziel einzuführen, die soziale Vermarktung grundlegender Dienstleistungen zu erreichen.

Übersetzung: Thomas Hoffmann